

Verantwortlicher Redakteur: H. Mosner in Stettin.  
 Drucker und Verleger: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Name im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 80 Pf.

## Abend-Ausgabe.

## Zur Reichsbankfrage.

Einige Vorschläge des Herrn Prof. Rasse zur Reichsbankfrage werden in der „Stettiner Zeitung“ wie folgt besprochen:

„Rasse ist nicht der Meinung, daß es anständig sei, das Notenprivileg der größeren Privatnotenbanken aufzuheben. Um so dringlicher erscheint es ihm, die Reichsbank in anderer Weise für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu stärken. Zu den Mitteln, durch welche dies geschehen könne, rechnet er:

1) Die Anerkennung der Reichsbanknoten als gleiches Zahlungsmittel. Thatsächlich würden sie ja dem baren Gelde schon jetzt gleich gehalten; denn daß sie das Recht haben, Zahlungen in Reichsbanknoten zurückzuweisen, ist dem größten Theile der Zahlungsempfänger sicher ganz unbekannt. Diesen thatsächlichen Zustand zu einem rechtlichen zu erheben, entspreche aber sowohl der Würde des Reiches wie dem Interesse der Reichsbank und dem der Gesamtheit. Geschehe das nicht, so bleibe immer die Möglichkeit offen, daß in einzelnen Fällen durch willkürliche Annahmeverweigerung unerwartete Unannehmlichkeiten eintreten und daß „in leidenschaftlichen Partikämpfen eine ökonomische Zurückweisung von Reichsbanknoten seitens anderer Kreise versucht werde.“ — Uns scheint die hier hervorgehobene Gefahr nicht sehr groß. Namentlich an die Gefahr einer Massenzurückweisung bei „leidenschaftlichen Partikämpfen“ glauben wir nicht. Viel interessanter scheint uns dagegen Rasse's weiterer Hinweis auf den Fall der Gefahr, in welchem ein allgemeines Misstrauen in die Zahlungsfähigkeit der Bank entstehen und dadurch die Nothwendigkeit herbeigeführt werden könnte, den Zwangskurs der Noten zu verhängen. Gewiß könnte es leicht als Mangel an Kredit erscheinen und den Mißredit nur erhöhen, bezw. denselben erst hervorgerufen, wenn der Schritt nochgedrungen erst in Zeiten der Gefahr gethan wird. Der Einwurf von Kardorff (in einem in der „Post“ veröffentlichten Artikel), daß die Erhebung der Banknoten zum gesetzlichen Zahlungsmittel sie in Kriegszeiten vor der möglichen Entwertung doch nicht schützen könne, scheint uns diesem letzten Grunde Rasse's gegenüber nicht durchschlagend.

2) Viel wichtiger und nützlicher noch erscheint Rasse seinen weiteren Vorschlag, kleinere Banknoten in Beträgen von 50 und 20 Mark auszugeben. Machebend ist ihm auch hierfür der Wunsch, der Zentralbank zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen einen möglichst großen Geldvorrath zu sichern. Die Zahlungen an das Ausland würden mit Ausnahme weniger Fälle ja doch aus dem Goldvorrath der Zentralbank geleistet und auch einem vermehrten inländischen Bedarfe an Zahlungsmitteln sei leichter entgegenzukommen, wenn auch für Zahlungen von 20 bis 100 Mark nicht Metallgeld von der Bank hergegeben werden müßte, sondern eine vermehrte Notenausgabe genüge. Die Menge der Banknoten lasse sich doch ohne Schwierigkeiten dem jetzmaligen Bedarfe anpassen, und der Reichsbank erwachse aus der entsprechenden Vergrößerung ihres Vorrathes die erhöhte Fähigkeit zinstragender Anwendung. — Gegen diesen Vorschlag wendet v. Kardorff wohl mit Recht ein, daß solche kleine Banknoten im Verkehr sehr unbehilflich sind; jedermann zieht denselben die Goldstücke, sogar die Thaler und Münzmarkstücke vor. So weit man freilich dem Verlangen nach kleinen Zahlungsmitteln bei ausbrechendem Kriege durch Ausgabe von Darlehenfaffencheinen entgegenzukommen pflegt, möchten wohl Rasse beipflichten. Statt in solchen Zeiten ein neues uneinlösliches Papiergeld auszugeben, für das gar kein baares Einlösungsgeld vorhanden ist, und auf diese Weise zweierlei thatsächlich und rechtlich gar nicht feierliche Werthezeichen nebeneinander in Umlauf zu bringen, möchten auch wir es für richtiger halten, lediglich eine Vermehrung der Banknoten, also der schon bestehenden einlöslichen Werthezeichen, eintreten zu lassen.

3) Aus dem letzteren Grunde will uns Rasse's weiterer Vorschlag beachtlich erscheinen, die Reichsbankfaffencheine in Reichsbanknoten zu verwandeln. Zweierlei Sorten von Geldscheinen in Umlauf zu haben, die beide auf gleiche Summen lauten und beide den Namen des Reiches tragen, erscheint nicht nur überflüssig, sondern erschwert auch die Kontrolle der Echtheit. Einen besonderen Einlösungsfonds für die Reichsbankfaffencheine giebt es bekanntlich nicht; die Reichsbank hat sie nicht nur in Zahlung anzunehmen, sondern auch gegen Gold einzutauschen. Für die Zahlungsfähigkeit der Reichsbank ist es daher auch ganz gleichgültig, ob 120 Millionen Mark in Reichsbankfaffencheinen oder in Reichsbanknoten in Umlauf sind. Nur möchten wir auch diesen Vorschlag Rasse's für die größeren Städte beschränkt wissen, da von den kleineren Reichsbankfaffencheinen dasselbe gelten dürfte, was v. Kardorff nach Obigem von den kleinen Banknoten sagt.“

## Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Als der Ort, von welchem die feierliche Abholung der Prinzessin Elisabeth von Schleswig-Holstein, der Prinzessin Louise von Schleswig-Holstein, nach Berlin bezogen, Schloß Bellevue erfolgen soll, wird die Stadt Falkenberg genannt. Die Prinzessin kommt zu ihrer Vermählung bekanntlich aus Dresden.

Ueber den Jagdausflug des Kaisers nach Prödelwitz entnehmen wir der „Eilbinger Zeitung“ noch einige Einzelheiten. Nach eigenem Willen begab sich der Kaiser am Dienstag vom Schloß in den Wald. Graf Dohna führte selbst die Jagel. Ein Bildhauermeister des Kaisers und der Jäger Schmidt aus Prödelwitz begleiteten ihn. Die Schützen des Regiments dient dem Kaiser gewöhnlich als Stützpunkt für sein Gewehr, wenn er im Aufschlage liegt. Kommt ein Reh jedoch unvermuthet in Sicht, so schießt der Kaiser, ohne sich zu fügen, mit ausgestrecktem Arm. Der Kaiser ist ein sicherer Schütze und fehlt fast nie. Nachdem der Kaiser den ersten Rehbock geschossen hatte, legte er ins Schloß zurück, um das Mittagmahl einzunehmen. Am Nachmittag fuhr der Kaiser zum zweiten Mal in den Wald, von wo er erst mit unbefriedigender Beute heimkehrte. Diesmal bestand die Jagdbeute aus drei Rebhunden. So wie der Kaiser aus dem Walde zurückkehrte, wurden auf ein Signal die vor dem Schloß aufgestellten Volkshörner entzündet. Beim hellen Scheine derselben beistieg der Kaiser die zur Stätte gebrachten Rehe und begab sich darauf

in das Schloß, um das Abendessen einzunehmen. Dieses wiederholt sich allabendlich. Der Kaiser hat, so wird weiter berichtet, 5 Rebhunde erlegt und befindet sich darüber in äußerst verheißungsvoller Stimmung. Als der Kaiser in Prödelwitz ankam, wollte er die neue Telegraphenlinie probiren und seiner Gemahlin die glückliche Ankunft melden. Sowohl die Telegraphen- als auch die Telephonleitung versagten aber den Dienst. In höchster Erregung eilte der Kaiser Inspektor von Prödelwitz nach Christburg und fand nun, daß die am Postgebäude angebrachte Fühne die Störung verursacht hatte, durch welche die Kaiserin die Depesche des hohen Gemahls 2 Stunden zu spät erhielt. Am Mittwoch war die Jagdbeute bedeutend geringer als bei früheren Besuchen. In einer Treibjagd waren 40 Treiber bestellt. Die „Allpreussische Zeitung“ weiß noch zu berichten: Die Rehe werden dem Kaiser nicht zugejagt; er erlegt sie vielmehr auf freiem Anstand, während die Thiere äßen. Die erlegten Rehe werden durch den Jäger sofort ausgeweidet und dann auf einen mitgebrachten Jagdwagen gelegt. Nach Prödelwitz zurückgekommen, pflegt der Kaiser sich die geschossenen Thiere vorlegen zu lassen und sie genauer zu betrachten.

Ueber den Empfang und den Aufenthalt des Kaisers wird von unterrichteter Seite geschrieben:

Im Schloß Bellevue wird jetzt eifrig daran gearbeitet, Alles zur Aufnahme des Kaisers herzurichten. Das Schloß, welches in seinem Inneren weitere und schönere Räumlichkeiten birgt, als man von außen vermuthen sollte, — ihre Anzahl übersteigt 200 — war für so zahlreichen Besuch allerdings nicht genügend eingerichtet, und so handelte es sich denn darum, die zahlreichen Ecken in der Ausstattung derselben auszufüllen und seinen verbliebenen Platz auszunutzen. Wie gründlich man hierbei verfährt, geht unter Anderem daraus hervor, daß sämtliche Treppen, Fußböden, Thüren und Fenster neu gestrichen worden sind, wodurch das Schloß jetzt einen äußerst freundlichen Anblick gewährt. Um das Aneinanderfügen der verschiedenen Räume, die zahllose Möbelstücke, sowie Teppiche, Bilder, Uhren und dergleichen aus anderen königlichen Schlössern herbeigeschafft worden, so daß namentlich die Saalräume im Erdgeschoß und im ersten Stockwerk ein höchst vornehmes und glänzendes Aussehen erhalten haben. Die Gemächer des Kaisers befinden sich im ersten Stockwerk, dessen ganze Südseite sie einnehmen. Sie bestehen aus einer Anzahl großer, luftiger Salons, unter denen ein die ganze Tiefe des Gebäudes einnehmender schöner Saal, mit Fenstern nach dem Thiergarten und nach dem Park, sich durch seine imposanten Dimensionen auszeichnet. Dieser Saal ist auch durch einen die ganze riesige Fläche bedeckenden prächtigen Teppich bemerkenswerth, eine der vielen dem damaligen Prinzen, jetzigen Kaiser Wilhelm dargebrachten Hochzeitsgaben, von denen sich noch einige im Schloße befinden, so unter anderen ein prächtig gearbeiteter großer Glasbrant, dessen Inneres ein Tafelgitter aus Kristallglas birgt, welches Hunderte von Gläsern, Tellern und Karaffen in reichster Ausföhrung und allen erdenklichen Formen zeigt. Den Schluß der langen Zimmerkette bildet das Schloßgemach des Kaisers. Mit welcher Vollständigkeit bei der Ausstattung des Schloßes verfahren wurde, beweist noch der Umstand, daß die geräumigen Wandnischen eines in der Appartements des Kaisers gehörigen Bibliotheksaales mit schon gebundenen, aus der kaiserlichen Hansbibliothek herbeigeschafften Bänden angefüllt worden sind.

Die Räume für das Gefolge und die Dienerschaft des Herrschers von Preußen befinden sich theils im Hauptgebäude, theils in den Seitenflügeln und lassen ebenfalls nichts vermissen, was den Aufenthalt in ihnen zu einem beglückenden machen könnte. Der Kaiser wird, wie wir hören, Warchau heute, Sonntag, verlassen und über Thorn Sonntag Vormittag in Frankfurt a. O. eintreffen. Dort wird ein Aufenthalt von einigen Stunden gemacht, um die heißeste Zeit des Tages vorübergehen zu lassen, und gegen 4 Uhr die Weiterreise nach Berlin angetreten, wo die Ankunft um 6 Uhr Nachmittags am dem Bahnhof Friedrichstraße erfolgen wird.

Von dem Verbands deutscher Privat-Fener-Vericherungs-Gesellschaften ist dem Vorstande der Ausstellung für Unfallversicherung ein Beitrag von 10,000 Mark zu Verhonorungen für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete des Schutzes gegen Feuerkatastrophen zur Verfügung gestellt worden. Die erste Sitzung des hierfür berufenen Schiedsgerichts fand am Freitag, den 31. v. M., unter Vorsitz des Herrn Branddirektors Stude statt. Nach dem Berichte desselben sind insgesamt 160 Anmeldungen eingegangen, mit deren Prüfung sich das Gericht zu befassen haben wird.

Der Reichstags-Abgeordnete Graf Mirbach hat dem Reichskanzler im Auftrage des Vereins der Steuer- und Wirtschaftsvereine eine Eingabe überreicht, in welcher über den Mangel an ländlichen Arbeitern geklagt und der Reichskanzler ersucht wird, Erhebungen über folgende Punkte anzustellen:

1) Aus welchen Umständen (Produktion, Regierungsbezirken, ländlichen Kreis Districten, bezirkt etc.), in welchen Monaten und in welchem Umfange vollzieht sich jährlich ein Abzug von männlichen resp. weiblichen Arbeitskräften? 2) In welche Landestheile und zur Verwendung in welchen Betrieben (Landwirthschaft, ländliche Bauten, Eisenbahnanlagen etc.) geht diese Abwanderung von Arbeitern vor sich? 3) Welche Löhne, in baar und in Naturalien, Reisekostenvergütungen etc. werden hierbei gewährt? 4) Welche Maßnahmen sind im Interesse der Wohlfahrt und Sittlichkeit für die periodisch beschäftigten Arbeiter getroffen? 5) Was geschieht, um das Treiben der Arbeiter-Vermittelungs-Agenten zu beaufsichtigen, speziell nach der Richtung der Erzeugung willkürlicher Hoffnungen und Verlockungen zum Kontraktbruch?

Ueber die bisherige Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung giebt der Jahresbericht der Dresdener Handelskammer ein Guachten ab, das uns so bezeichnend ist, als es aus den Kreisen der Anhänger der Regierungspolitik herkömmt. Unter anderem wird darin über eine Reihe von Einzelbeispielen des Unfallversicherungs-Gesetzes Klage geführt. Als besonders bedauerlich wird die Fäbrung der Sozialisten bezeichnet. Auch über die

Fragebogen wird vielfach geklagt, weil dieselben nicht immer so gehalten seien, daß auch dem, in verachtlichen Arbeiten weniger bewanderten Arbeiter ihr Verhältniß und ihre richtige Beantwortung möglich sei. Als sehr wenig zweckentsprechend wird ferner das mit vielem Zeit- und Gelbanspruch verbundene Verfahren einzelner Berufsgenossenschaften bezeichnet, sich gewisse Betriebe, über deren Zugehörigkeit Zweifel bestehen, gegenseitig abzusagen, wie denn überhaupt das Streben der Berufsgenossenschaften nach der Ansicht der Kammer immer mehr darauf hinausläuft, ihre Geschäftsföhrung so einfach, schnell und billig wie irgend möglich zu gestalten. Dies gelte vor Allem von dem gesammten Verfahren nach eingetrettem Unfall. Die Schwierigkeiten, welche der sofortigen Regelung eines Rentenanspruches im Einzelfall entgegen stehen, mögen, seien zwar keineswegs zu verkennen, dem Arbeitgeber aber werde es nach allen für die Versicherung gebrauchten Opfern ebenso wenig wie dem Berufsgenossen verstanden werden können, daß er mißmüthig werde, wenn er auf die Gesetzgebung der Berufsgenossenschaft eingetretene Fälle 8 bis 9 Monate warten und in der Zwischenzeit dem Berufsgenossen doch zunächst wieder aus seiner Tasche helfen müßte. Zum mindesten habe er ein Anrecht darauf, daß auf erhobene Beschwerden der Grund der Verzögerung mitgetheilt werde, ein Verlangen, welchem in mehreren der Kammer mitgetheilten Fällen nicht entsprochen worden ist. Auch über das allzu strenge Vorgehen der Berufsgenossenschaften mit Strafen umgeßt bei kleinen nur formellen Verstößen ist vielfach Klage geführt worden. Schwerer scheine es auch zuweilen zu fallen, zur Uebernahme von Ehrenämtern gezwungen und willige Persönlichkeiten zu finden.

Graf Benomar hat nun einen zweiten Brief in der „Epoca“ veröffentlicht, in welchem er seinen Kriege gegen den Minister des Auswärtigen Herrn Vega de Armijo fortsetzt. Aus demselben ist zu ersehen, daß die Darstellung, die seinerzeit in deutschen Blättern gegeben wurde, richtig gewesen ist. Kurz nach dem Bekanntwerden der Nachricht von der Abberufung des Vizekonsuls hieß es plötzlich, die spanische Regierung wolle ihn deswegen in Anlagenszustand versetzen, weil er sich ihr gegenüber widerpenflich gezeigt und Befugnisse sich angemaßt habe, die ihm nicht mehr zuzukommen, d. h. weil er fortgesetzt habe, sich als Vertreter Spaniens in Berlin zu betheiligen. Wie lag nun in Wirklichkeit der Sachverhalt? Graf Benomar, dem in der That schweres Unrecht zugefügt worden zu sein scheint — darauf ließ schon die Diktatur des deutschen Auswärtigen Amtes, die ihm geneigt war, schließen — enthielt nun denselben und es geht daraus hervor, daß die Regierung sich schwer blamierte und sogar von Deutschland eine empfindliche indirekte Zurückweisung holte. Graf Benomar beauftragt Herrn Vega der Unternehmung der diplomatischen Gebräuche und des internationalen Datums, sowie der Botschaften und begründet dies durch die Thatfachen. Graf Benomar war mittels eines in der „Epoca“ veröffentlichten Dekretes abgesetzt, die Abberufung war aber, obwohl Benomar seine Regierung wiederholt darum gegeben hatte, dem deutschen Kaiser nicht amtlich mitgetheilt worden. Graf Benomar verzögerte daher dem Stellvertreter Benomar's das Recht, Spanien der deutschen Regierung gegenüber zu vertreten, und auch dem Nachfolger Benomar's, dem Grafen Rascon, wurde die Audienz behufs Uebergabe seiner Kreditiv so lange verweigert, bis das Abberufungsschreiben Benomar's dem Kaiser amtlich zugestellt war. In ähnlicher Weise wurde damals auch von deutschen offiziellen Kreisen der Sachverhalt geschildert. Solche Dinge müssen uns an eine geordnete und gewissenhafte Geschäftsföhrung gebildeten Deutschen in der That „spanisch vornehmen“.

Das zum Mandatgeschwader gehörende Panzerjoch „Idenburg“ ist in diesem Jahre von dem Witzgeich betroffen, daß es mit eigenwilligen Torpedos ausgestattet worden ist. Bei den am 22. und 23. vorigen Monats in der Ostsee über die Bucht abgehaltenen Torpedoschießungen gingen dem Schiffe zwei Bronze-Torpedos verloren und jetzt hat, wie bereits durch den Drab gemeldet, in der Wiser Bucht ein Torpedo des „Idenburg“ die mit Stützgeräten von Kiel nach Heiligenhafen bestimmte Nacht „Anna Margaretha“ so stark getroffen, daß diese mit der ganzen Ladung gesunken ist. Soweit wir uns erinnern, ist das der erste Fall, daß ein Schiff von einem ungeladenen Torpedo in den Grund gehoben ist, was es auch wohl nie in Zweifel gezogen ist, daß ein in voller Fahrt begriffenes Stahl- oder Bronze-Torpedo im Stande ist, die Holzplanken eines Seglers oder die dünne Eisenwand eines Handelsdampfers zu durchdringen. Die Torpedos der „Idenburg“ zeigen wieder die großen Mängel dieser neuen Waffe. Die Torpedos dieses Schiffes werden von dem Torpedodepot eben so sorgfältig beobachtet und in den Stand gesetzt sein, als die Torpedos der übrigen Schiffe des Geschwaders, und es ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß die Torpedo-Miniere am Bord der Panzerjoch so ziemlich von gleicher Tüchtigkeit sind. Wie kommt es denn, daß im Laufe von vierzehn Tagen nicht weniger als drei Torpedos des „Idenburg“ vom rechten Wege abwichen? Der in unserer Marine eingeföhrte Torpedo ist nicht lenkbar, sein Maschinenwerk mag noch so gut in Ordnung und die Lenkung mit mathematischer Genauigkeit erfolgt sein, es giebt keine Sicherheit, daß ein Torpedo, welcher neun Mal die Mitte der Scheibe getroffen hat, zum zehnten Male nicht zum Ursprungsort seiner Bewegung zurückkehrt oder sich verläßt. Der Mangel der Lenkbarkeit des Torpedos hat man in allen Marinen sehr schwer empfunden, und in der That kann man sich ohne viel Phantasie vorstellen, daß in dem Wirrwarr der Seeschlacht der Zukunft eine Flotte den meisten Schaden von ihren eigenen Torpedos erleiden kann; in England hat man für die Küstenverteidigung jetzt den Verdrain-Torpedo eingeföhrte, den man durch Drähte lenkt, aber von Bord eines Schiffes aus ist die Abschleppung eines lenkbaren Torpedos bisher nicht möglich gewesen. In England gehen die Meinungen über den Werth der Torpedowaffe ziemlich weit auseinander. Sehr charakteristisch ist eine Aeußerung des Kapitäns J. S. Hubert Grenfell in der „United Service Institution“, der in einem Vortrage über die Rolle des Torpedos in der Seefriedführung, die Geheim-

thuerie betragt, welche seitens der maßgebenden Behörden mit dem Torpedowesen getrieben wird: „Ein solches Vorgehen kann nur von Scharen sein, weil es eine eingehende erprobte Besprechung der Sache verhindert. Hieraus ergibt sich ein ungeheurer Nachtheil für die Befehlshaber der Schiffe und Geschwader, während auch der Schiffsführer im Dunkeln arbeitet. Gewiß ist die Torpedofrage bis zu einem gewissen Grade eine Frage für Spezialisten, doch kann dies nur bezüglich einzelner Details gelten. Würde das Torpedowesen in anderer Weise behandelt und der öffentlichen Diskussion über daselbe ein freierer Spielraum eingeräumt worden sein, so hätte sicherlich dessen Entwicklung eine höhere Stufe erreicht, als es in Wirklichkeit der Fall ist.“

Der Satz ist unantastbar, aber man denke sich, daß ein deutscher Offizier ihn in Beziehung auf unser Notendwesen aufgestellt hätte! In seinem Vande macht sich der Mangel wirklich schmerzhaft geltend, der die Marine-Angelegenheiten stärker geltend als in Deutschland und darum sollte man auch hier die Worte des Kapitäns Grenfell beherzigen.

Ueber den Gesetzentwurf zum Erfas des Sozialistengesetzes ist es seit Monaten ganz still geworden. Wie man hört ist die Angelegenheit, nachdem der Bundesrat sich eine Weile damit beschäftigt hatte, ohne daß der preussische Antrag genügenden Beifall fand, vollständig zurückgestellt worden und wird wohl auch erst in der Herbstsession des Bundesraths wieder aufgenommen werden, vorausichtlich auf ganz neuer Grundlage. Es erhält sich die Annahme, daß dem Reichstag sofort nach Eröffnung seiner Perfsitzung eine Vorlage über diesen Gegenstand zu gehen wird.

Die nächste Sitzung der Reichs-Rhein-Untersuchungskommission ist von dem verordneten Reichskommissar, Unterstaatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft von Marcard, auf den 17. d. M. und die folgenden Tage nach Vord an Rhein einberufen. Es wird gehofft, die Geschäfte der Kommission, welche unter dem Vorsitz des bezeichneten Reichskommissars aus technischen und administrativen Kommissaren der Rhein- und Elbe-Verwaltung besteht, auf dieser Tagung soviel fördern zu können, daß sie in einer nach Fertigstellung der im Auftrag der Kommission bearbeiteten hydrographischen Beschreibung des Rheins anzubereitenden Schlussfassung sich werden zum Abschluß bringen lassen. Der Tagung wird eine Sitzung der Subkommission zur Prüfung einer Reihe befürdeter Verbesserungen unmittelbar vorangehen. Diese Subkommission tritt in Worms zusammen.

In Form einer Entgegnung auf Auslassungen der „Post“ giebt die „N. A. Z.“ sehr abfällig über das Verhalten der Schweiz gegen die dort Schutz suchenden Verbrecher aus und giebt ihr auch noch andere bittere Pillen zu verschlucken. Die „Post“ giebt, wie angeführt, die in der Schweiz anhängigen Deutschen wünschend einer Pflicht der Dankbarkeit zu genügen und beabsichtigen, für die Schweiz in öffentlichen Versammlungen einzutreten, um die Beschuldigungen, die von offizieller Seite gegen dieselbe erhoben waren, zu widerlegen. Darauf bemerkt nun die „N. A. Z.“, diese Deutschen dürfen mit „Sozialdemokraten, Anarchisten und Mordelkern“ identisch zu erachten sein, und fährt dann fort:

„Daß mit den beabsichtigten Versammlungen jene Revolutionäre, einer Pflicht der Dankbarkeit zu genügen“ glauben, mag richtig sein, denn von dem Boden der Eigenenschaft können sie mit allen unerlaubten Mitteln den inneren Frieden ihres alten Heimatlandes stören. Wenn die Schweiz sich, wie der Artikel sagt, zu berufen geföhlt hat, über die kämpfenden Parteien zu richten, so müssen die anderen Länder allerdings beauern, daß diese Enthaltenspolitik auf die Begung von Verbrechern und Mördern wie Harman, wie den Vatunischen Morde, wie Kravotkin, wie die deutschen Mörder Kink, Kose und Reindorf erstreckt hat. Alle diese Verbrecher muß die „Post“ auch zu den „Vertretern politischer Parteien“ freudig oder nothgedrungen rechnen, und sie haben nicht bloß in der Schweiz ein Asyl gefunden, sondern dort ihre politische und verbrecherische Ausbildung erhalten und ihre Thaten vorbereitet. Noch bis in die letzte Zeit befindet sich in der Schweiz die Zentraleitung der europäischen Revolutionsparteien, der deutschen Sozialdemokratie, wie der österreichischen Anarchisten und russischen Anarchisten. Dort werden die Kongresse abgehalten, welche die revolutionäre Propaganda in den monarchischen Staaten befördern sollen. Von dort aus werden die Schmähschriften gegen die verfassungsmäßigen Zustände der monarchischen Staaten in diese geschmuggelt. So zurecht, wie die „Postische Zeitung“ meint, ist übrigens der Satz nicht, daß die Schweiz sich nie in den Kampf mische.“ Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß eine Reihe von höheren Kantonsbeamten Anhänger der Sozialdemokratie sind und mit ihren amtlichen Mitteln und vermöge ihrer dienstlichen Stellung die revolutionären Bestrebungen ihrer deutschen Genossen in der Schweiz aus fördern. Hauptmann Fischer und der Statthalter Adolph Lang in Zürich, der Bezirksammann Baumer in Rheinfelden sind davon Beispiele. Russische Anarchisten, welche zu verbrecherischen Zwecken Sprengbomben herstellen, werden freigeschleppt und sicher nach Frankreich befördert, deutsche Banne dagegen, von Schweizer Behörden im Einverständnis mit deutschen Sozialdemokraten auf dem Schweizer Boden gelockt, dort festgehalten und wie Verbrecher behandelt. Sollten die in Aussicht stehenden Versammlungen deutscher Revolutionäre in der Schweiz dieser Thatfachen gedenken, indem sie dem Geföhle ihrer Dankbarkeit Ausdruck geben, so würde das durchaus gerechtfertigt und den Verhältnissen entsprechend sein. Die Unterföhrung, welche dergleichen Demonstrationen in deutschen demokratischen Blättern finden, kennzeichnet ihre reichsfeindliche Tendenz mit größerer Sicherheit und Schärfe, als Deutungen es vermögen.“

Vom Kongo ist eine sehr befremdliche Nachricht eingetroffen. Major Parmentier der Kongogesellschaft, war in der Kollstation und hat daselbst, wie wir der „N. A. Z.“ entnehmen, mit dem Araberhüuptling Tippo eine Abmachung gehabt. Der Araber, dessen Loyalität bisher die Kongo-Regierung sehr lobte, forderte von dieser Regierung, da Deutschland

die Einföhr von Waffen und Munition an der Dstföhre hindere, innerhalb sechs Monaten 200 Gewehre und Munition. Mit andern Worten, Tippo-Tip will der Herr des Kollgebietes bleiben; erhält er die Gewehre nicht, so betrachtet er sich nicht mehr als Beamten des Staates. Das heutige Organ der Kongo-Regierung bestätigt, daß Major Parmentier in der Kollstation gewesen, schweigt aber im Uebrigen verständig. Dagegen meldet es, was die umlaufenden Gerüchte bestätigen, daß der bewährte Kongo-Agent Kapitän Valde sich dieser Tage über Kollstation „in besonener Mission“ nach dem Kongo begeben ist.

Görlitz, 7. Juni. (B. Z.) Regierungs-rath Vok in Viegitz hat, dem Vernehmen des „Neuen Görlitzer Anzeigers“ zufolge, die Inspektion der Görlitz-Rechtschulen niedergelegt. Sein Nachrücker ist wahrscheinlich auf die Vertheilung seines Plantes der Umwandlung der sechs-klassigen Volksschulen in vier-klassige zurückzuführen.

München, 7. Juni. (B. Z.) Die „Neuesten Nachrichten“ melden, Geheimrath Gesslein, der sich zum Ausgange in Töls aufhielt, habe wegen neuer Erkrankung nach Konstanz zurückkehren müssen.

Münster, 7. Juni. (B. Z.) Nach Mittheilung des „Kräntlichen Kuriers“ wurde heute in Warburg der Studiosus Blummann aus Weiskalen im Pfortenduell getödtet. Sein Gegner ist unbekannt.

Stuttgart, 7. Juni. (B. Z.) Gleichzeitig mit dem Kaiser und der Kaiserin trifft der König von Sachsen am 25. Juni sich hier ein. — Die Kammer schließt ihre Sitzungen am 28. d. M.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Juni. Wie die „Pol. Korr.“ aus Belgrad erföhrt, sei eine Ausföhrung zwischen dem Metropolit Theodosius und dem Metropoliten Michael gelungen. Ersterer werde in Begleitung der Bischöfe Legation einen Besuch abstatten, welcher darauf erwidert würde. Theodosius werde dann mit sämtlichen Bischöfen der Metropoliten Michael beibehalten. Wahrscheinlich ist, daß Theodosius noch heute seine Pensionierung einreichen werde.

Wien, 7. Juni. (Post.) Dem „N. W. Ztg.“ zufolge soll Crispi, dessen Gemahlin gegenwärtig in Karlsbad weilt, demnächst dieselbe abholen und hierbei wie im Vorjahre mit Staloch in Eger zusammentreffen.

Wien, 7. Juni. Der Handelsminister richtete an die Tramway-Gesellschaft einen Erlass, worin dem Verwaltungsrath dringend nahegelegt wird, die Wünsche des Dienstpersonals bei Aufstellung der neuen Dienstformierung entsprechend zu berücksichtigen. Ferner wird darin die Erwartung ausgedrückt, daß die Bediensteten fortan den Dienst ermunternd verfehen, und allen agitatorischen Einföhrungen kein Gehör schenken werden.

Wien, 7. Juni. Gestern fand beim schönsten Wetter in Gegenwart des Statthalters von Tyrol, Baron Widmann, der Spitzen der Behörden, des österreichischen Gesandten in München, Fürsten Brede, und etwa 300 Personen, die feierliche Eröffnung der neuen Alhambra-Bahn statt. Bei der aus diesem Anlaß stattgefundenen Festfeier brachte der Präsident derselben, Geheimrath Gruson aus Magdeburg, einen Toast auf den Kaiser von Oesterreich aus, während der Statthalter in warmen Worten des neuen Unternehmens gedachte. Der regelmäßige Betrieb beginnt morgen.

Wien, 7. Juni. Wie der „Kurier“ erföhrt, würde der Abgeordnete Graf Wey Tefek nach dem Schluß der Session zum Minister des Innern ernannt werden.

Wien, 7. Juni. Das Abgeordnetenhaus nahm den Gesetzentwurf betreffs der Regalien-Vorföhre an.

## Schweden und Norwegen.

Stockholm, 4. Juni. Wenn Schweden etwas Aehnliches wie den Armin-Paragraphe besäße, dann könnte es dem Herrn von Doanzen schlecht ergehen, der im Begriff steht, eine Indistretion zu begehen, von welcher die dänische Regierung befürchtet, daß sie sie bei Deutschland in ein schlechtes Licht stellen könnte. Herr von Doanzen wurde im Frühjahr 1864 von König Karl XV. in geheimer Sendung nach Kopenhagen geschickt, um hier über eine Union der nordischen Reiche zu verhandeln. Herr von Doanzen beabsichtigt jetzt in der Zeitchrift „Ar Dagens krönik“ eine Darstellung dieser geheimen Unionverhandlungen zu bringen und dabei den Briefwechsel König Karls und König Christian's über diesen Gegenstand zu veröffentlichen. Herr von Doanzen besaß das Vertrauen Karl XV. in einem hohen Grade, er erhielt Kenntniss von der im Jahre 1864 von den Königen geföhrten Korrespondenz und konnte Abschrift davon nehmen, ohne daß König Christian von dieser Benützung seines Privatbriefes eine Ahnung hatte. Jetzt erst, nach 25 Jahren, ist die Sache in dänischen diplomatischen Kreisen rüchbar geworden, Graf Schulin, der im vorigen Monat den beurlaubten dänischen Gesandten, Kammerherrn Völle, hier vertrat, ging direkt zu dem Herrn v. Doanzen, um sich über den Sachverhalt zu vergewissern und es stellte sich heraus, daß dieser nicht nur den Briefwechsel der Könige, sondern auch die Korrespondenz König Karls mit dem dänischen dänischen Ministerpräsidenten Bischof Moth besaß. Einfindnahme in diese Affäre zu nehmen, wollte Herr v. Doanzen dem dänischen Gesandten nur unter der Bedingung gestatten, daß die dänische Regierung von vornherein auf jede rechtliche Verfolgung gegen ihn wegen Veröffentlichung der Briefe Verzicht leistet. Darauf wollte Graf Schulin und auch das auswärtige Ministerium in Kopenhagen nicht eingehen, dagegen hat es dem hiesigen schwedischen Gesandten ein Licht angezündet und die schwedische Regierung hat darauf hin aus freien Stücken den schwärzlichen Versuch gemacht, die Veröffentlichung der Dokumente zu verhindern. Aber nach Lage der Dinge giebt es schließlich ein Mittel, Herrn von Doanzen zu zwingen, seine Abschriften geheim zu halten und ihre Veröffentlichung zu unterlassen, die Regierung kann möglicher Weise erst einschreiten, wenn die Veröffentlichung in Ar Dagens krönik erfolgt ist. Wie es scheint, hängt der Besuch unseres auswärtigen Ministers in Kopenhagen mit dieser seltsamen Angelegenheit zusammen.



**Mont, 7. Juni. Deputirte an der.**  
Schluß der Sitzung beantwortete der  
Präsident die Interpellation des Deputirten  
Lughi betreffend die **Einnahme Kerens** und  
die bereits bekannten Beweggründe dar,  
daß die Befreiung Kerens veranlaßt. Der  
russische Kommandant habe, nachdem die Be-  
setzung vollzogen war, für nothwendig gehalten,  
Garnison im Fort von Kerens zu belassen.  
Das Fort befinde sich in gutem Vertheidigungs-  
stande; andernfalls hätte der Kommandant  
auch noch in anderer Weise Vorsorge getroffen.  
Der Vernehmer der Truppen sei bisher nicht  
verhört worden, und dürfte dies wohl auch in  
Zukunft nicht der Fall sein. Gegenwärtig brauche  
er auch keine neuen Angaben zu machen, da  
sein Budget eingeklassif. Summen hinreichend  
sei. Er sage dies für die Gegenwart, für die  
Zukunft könne er nichts voraus sagen.

London, 7. Juni. (B. T.) In der Generalversammlung der **britischen - ostafrikanischen Gesellschaft** erlittete der von Sanibab gelommene Direktor **Mackenzie** seinen mit größtem Beifall aufgenommenen Bericht und empfahl, weitere 60,000 Pfund Sterling zum Freikauf von 30,000 Sklaven anzuwenden. Der Präsident wies auf die im Gesellschaftsgebiete herrschende Ruhe, das gute Einvernehmen mit den Eingeborenen und Arabern, sowie auf die hoffnungsvolle Lage der errichteten Stationen hin. Die Gründer der Gesellschaft hätten nicht auf die baldige Aussicht auf eine Dividende zu gewärtigen, sondern könnten stolz sein auf ihre für die Kultur und die Erdschließung unbefangenen Tugenden sowie für das britische Kaiserreich hochwürdige Gründung; die Regierung werde sich heftigst in die Hände der Deutschen nicht verzeihen und die britische Gesellschaft weiterbühlig unterstützen. Das Gesellschaftskapital solle um 750,000 auf 1,000,000 Pfund Sterling erhöht werden, um vor Allem so schnell als möglich eine Eisenbahnverbindung mit dem Innafrika sowie Karawanenwege herzustellen.

\* Mutter der Obhut eines größeren Mädchens hatte gestern die verehelichte Frau **Ziange** am Neumarkt ihr 4 Monate altes Kind in der Wohnung zurückgelassen, während sie ihrer Mutter am Neuenmarkt im Geschäft half. Dem Kinde war ein sogenannter **Sangforcken** in den Mund gegeben worden, den es unmerklich in die **Zuföhre** gezogen hatte. Als das Mädchen darauf aufmerksam wurde und schnell mit dem Kinde nach seiner Mutter lief, war es bereits eine Leiche.

**Künnlein, Handwerker, Saab-**  
**Gabriel** - Arbeitern sollen nach § 715 Nr. 4 der  
Civil-Prozess-Ordnung die zur persönlichen Aus-  
übung des Berufs unentbehrlichen Gegenstände  
**nicht abgepfändet** werden. Es ist in Frage  
genommen, ob die Pfändung statthaft sei, wenn  
der Schuldner zur Zeit der Pfändung die Er-  
werbstätigkeit nicht ausübt. Das Oberland-  
gericht Dresden hat dies in zwei ausführlichen,  
wohlbegründeten Bescheiden vom 4. Juli 1888  
und 3. Januar 1889 verneint (Zeitschrift für  
Verwaltungslehre, Jahrgang 1889 Nr. 11 Seite  
90, 91): „Der Umstand, daß der Schuldner  
verarmt und aufhört, dem Trümle ergebe, zu  
arbeiten, schließt die Möglichkeit, das  
sein Handwerk auch selbständig wieder betrie-  
ben wird, nicht aus. Gerade daraus, daß er seiner  
bebrängten Verhältnisse ungeachtet das hier frag-  
liche Handwerkszeug bisher nicht veräußert hat,  
kann geschlossen werden, daß er die Absicht, den  
Handwerksbetrieb bei gelegenen Umständen wieder  
zu beginnen, noch nicht aufgegeben hat.“

det, besonders in Grünhof ist daran kein Mangel, denn dort findet man ein ganzes „naßes Viertel“, in dem sich Biergarten an Biergarten reiht. Dann laden wir zum Besuchen in den Gärten von Wolff, Föhlmann, Kupfer, Neumann, Barz, Wille, Wittke, Bock, F. Meiske, Unverfehrt, Jache, K. Keite, und des Gartens der Dok. Bräuer. Euen überaus angenehmen Aufenthalt gewinnt jetzt auch die außer Höhe in Neu-Dorney liegende **Victoria Bräuer** mit ihrem Garten, schöne junge Bäume verbreiten angenehmen Schatten und dem Auge bietet sich eine entzückende Mursicht. Unser

Für die Abende ist die Auswahl der arrangierten Vergnügen eine reiche. Zunächst haben die Theater große Anstrengung gemacht, um ein zugkräftiges Repertoire zusammenzustellen. Im **BelleVue-Theater** beginnt der „Mikado“ in deutscher Sprache seine Herrschaft und da sich derselbe in gänzlich neuer Ausstattung und gewählter Besetzung einführt, so dürfte sein Regimeint recht lange währen. Wir haben schon wiederholt an anderer Stelle auf die vielfachen Vorbereitungen für die erste Vorstellung hingewiesen. Im **Elysium-Theater** findet am ersten Feitage eine sehr interessante Vorstellung unter Mitwirkung des beliebten Gastes dieser Bühne, Herrn von Neumann, statt, bei welcher „Dean“ in der Barney'schen Bearbeitung mit Herrn Neumann in der Titelfrolle zur Aufführung gelangt. Für weitere Unterhaltung wird am zweiten Feitage die drastische Fosse „Reichhulst“ folgen, bei welcher die Hauptrollen durch die Herren **Grosche** und **Vahslau** und die Damen **Kräntle Sänfeler** und **Frau Köth-Schäfer** vertreten sind. Am dritten Feitage endlich wird wieder einmal die durch ihre Wohlthätigkeitsbestrebungen bekannte **Stettiner Bettel-Akademie** ihren Einzug auf Elysium halten und zur Förderung ihrer Zwecke ein großes Volksfest veranstalten. Im Theater wird dazu die Fosse „Die drei Grazien“ gegeben und das Konzert erhält durch die Mitwirkung des Tenoristen Herrn Direktor Hob. Engelhardt besonderes Interesse. Da am Schluß des Festes auch ein großes Generovert unseres heimischen Pyrotechnikers Herr Daak abgebrannt wird, fehlt es sicher nicht an Abwech-

Daß die Sprache des deutschen Kaufmanns durch eine Uebersetzung von Fremdwörtern verunreinigt wird, ist eine oft beklagte Thatsache, die sich zum Theil allerdings aus der geistlichen Entwicklung des deutschen Handels erklärt; der größte Theil dieser Fremdwörter ist völlig entbehrlich. Diese gilt es allmählich aus dem Verkehr zu verdrängen, wie es auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens mit bestem Erfolge bereits geschehen ist. Dazu bietet das vorliegende, auf der Arbeit von Sachverständigen aus ganz Deutschland beruhende Schriftchen ein Hülfsmittel. Wir wünschen der Arbeit recht guten Erfolg.

[150]

— Aus der Schweiz werden wieder verschiedene schwere Unfälle durch **Absturz von steilen Bergwänden** gemeldet. Im Kanton **Neuchâtel** ist eine achtzehnjährige Felsin der Schriftstellerin **Stille Wildermuth** beim Vornamen von einer Felswand in die Sechsschlucht hinabgefielert; sie wurde als zerstückter Leiche aufgefunden. Im Kanton **Vaud** hatten sich am vorigen Sonntag Nachts mehrere junge Leute aus Viehstahl und Trankendiebstahl auf einen hohen Punkt aufsummegeklommen, um bei

**Rüßl** per Juni-Juli 53,70 M., per Sept.-  
 Okt. 53,70 M.  
**Spiritus** loco 50er 55,50 M., loco 70er  
 35,50 M., Juni-Juli 70er 34,60 M., August-  
 September 70er 35,40 M.  
**Safer** Juni-Juli 148,00 M.  
**Petroleum** Juni 23,40 M.  
**London.** Wetter : schön.

M e h l behauptet, per Juni 53,80, per Juli 53,80, per Juli-August 53,50, per September-Dezember 53,75.

55,50, per Juli-August 53,50, per September-  
 Dezember 52,10. Rübbölz ruht, per Juni  
 53,50, per Juli 53,75, per Juli-August 54,00,  
 per September-Dezember 55,00. Spiritus  
 feist, per Juni 41,75, per Juli 42,25, per Juli-  
 August 42,50, per September-Dezember 42,75.

**Paris,** 7. Juni, Nachmittags. Roh-  
 zucker 88<sup>er</sup> feist, loco 54,00. Weißer Zucker  
 feist, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Juni 60,10,  
 per Juli 60,00, per Juli-August 60,00, per O-  
 ctober-Januar 43,25.

Washington zerstörte eine Feuersbrunst einen ganzen Geschäftszweig und mehrere öffentliche Gebäude, der Schaden wird auf 5 Millionen Dollars geschätzt.